

Kommentar

Sinkende Zahl an Wohlfahrtsfonds

Die Zahl der Vorsorgeeinrichtungen mit Ermessensleistungen sinkt und betrug per 2010 2631. Dies hängt auch stark mit der rückläufigen Zahl der Pensionskassen mit reglementarischen Leistungen zusammen.

Vorsorgeeinrichtungen mit Ermessensleistungen wurden vom Bundesamt für Statistik (BFS) in der Erhebung 2010 in sechs Kategorien gegliedert. Wohlfahrtsfonds bilden fast zwei Drittel der befragten Vorsorgeeinrichtungen und sind die grösste Kategorie. Sie zahlen Leistungen für in Not geratene Arbeitnehmende oder Rentner der Stifterfirma, finanzieren Sanierungsbeiträge an verbundene Vorsorgeeinrichtungen oder übernehmen Beiträge an die Pensionskasse im Auftrag des Arbeitgebers.

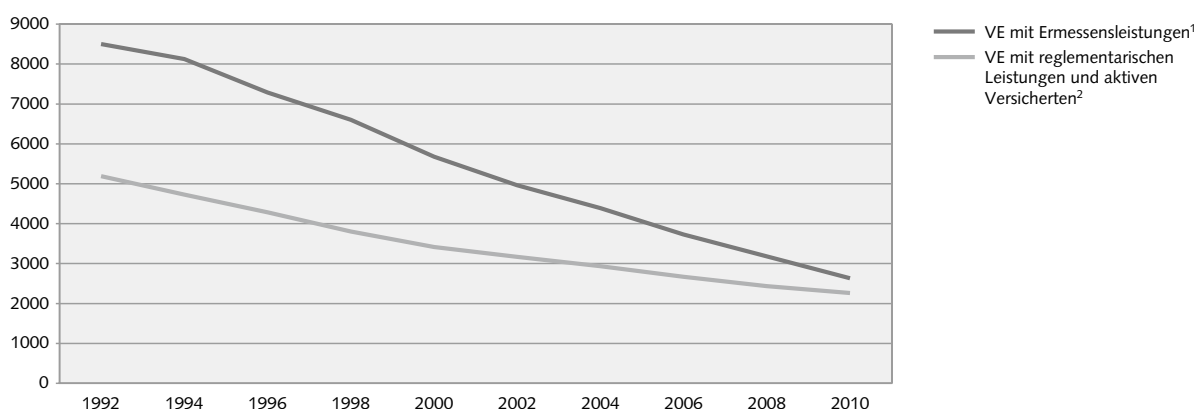
Die rückläufige Zahl der Vorsorgeeinrichtungen mit Ermessensleistungen (siehe Grafik) und insbesondere der Wohlfahrtsfonds führt das BFS auf die sinkende Zahl der Pensionskassen mit reglementarischen Leistungen zurück. Es scheint, schreibt das Amt, als diene das vorhandene Kapital als Puffer. So wurde in den Vorsorgeeinrichtungen mit Ermessensleistungen in den guten Jahren angespart, um daraus in den schlechten Jahren Leistungen beziehungsweise Finanzierungsbeiträge an die Pensionskassen mit reglementarischen Leistungen und aktiven Versicherten zu erbringen.

Unattraktiv für Arbeitgeber

Die Zahl der Wohlfahrtsfonds wird aber noch deutlich abnehmen, denn ihre Attraktivität schwindet. Nicht unbedeutend für den Verlust ihrer einstigen Attraktivität dürfte die aktuelle Rechtsprechung sein. In einem Leiturteil hat das Bundesgericht im vergangenen Jahr Zuwendungen patro-

Anzahl aller Vorsorgeeinrichtungen (VE), 1992–2010

G 1



¹ Wohlfahrtsfonds, Finanzierungsstiftungen, Vorruehstandskassen, Rentnerkassen, auslaufende und stillgelegte Vorsorgeeinrichtungen

² Detaillierte Ergebnisse in der Publikation «Die berufliche Vorsorge in der Schweiz», Pensionskassenstatistik 2010

ner Wohlfahrtsfonds als Ermessensleistungen grundsätzlich für AHV-beitragspflichtig erklärt.¹ Neben der nun neuen AHV-Pflicht für Arbeitgeber gibt es bezüglich Umsetzung der bundesgerichtlichen Rechtsprechung noch zahlreiche Fragen.²

Neben den richterlichen Hürden leiden Wohlfahrtsfonds auch an der Überregulierung durch den Gesetzgeber. So gelten für Wohlfahrtsfonds die Bestimmungen über die Vermögensverwaltung und Vermögensanlage, über das Rechnungswesen und die Rechnungslegung, über Rückstellungen und Schwankungsreserven integral wie bei Personalvorsorgestiftungen mit reglementarischen Leistungen. Auch ganz einfach aufgebaute Wohlfahrtsfonds müssen deshalb umfangreiche Jahresrechnungen mit Anhang erstellen sowie Anlagereglemente mit ausgefeilten Anlagestrategien und Rückstellungsreglemente.

Neu ein Interessenverband

Immerhin ist im letzten Herbst ein [Interessenverband](#) für Wohlfahrtsfonds gegründet worden. Dieser wird von Nationalrat Fulvio Pelli (siehe auch Vorsorge Aktuell, 43/11) präsiert und setzt sich zum Ziel, das Verständnis für die patronalen Wohlfahrtsfonds zu fördern und eine sachlich vernünftige Regelung für diese Einrichtungen anzustreben.

[Peter Schnider](#), Chefredaktor «Schweizer Personalvorsorge»

¹ Das Urteil ist in der amtlichen Sammlung als BGE 137 V 321ff. publiziert. In der Dezemberausgabe der «[Schweizer Personalvorsorge](#)» haben wir ein Streitgespräch mit Markus Moser und Andreas Dummermuth publiziert.

² Hermann Walser: Wie weiter mit den Wohlfahrtsfonds?, «Schweizer Personalvorsorge», April 2012.

Primatswechsel

Pensionskassen

Bernische Kantonsangestellte sind dagegen

Die rund 46 000 durch die Bernische Pensionskasse (BPK) versicherten Kantonsangestellten sind gegen den Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Das haben die BPK-Delegierten beschlossen. Sie formulierten gleichzeitig mehrere Bedingungen, die für sie zu erfüllen sind, wenn der bernische Grosse Rat auf dem Systemwechsel beharren sollte. So will die BPK etwa eine Besitzstandgarantie auf der Basis des technischen Zinssatzes von 2.5 Prozent. Die Delegierten sprachen sich für die Teilkapitalisierung mit Staatsgarantie aus, falls ihre Kasse nicht auf der Basis eines technischen Zinssatzes von 2.5 Prozent plus Wertschwankungsreserven voll ausfinanziert wird. Die Kantonsregierung schickte die Revision des kantonalen Pensionskassengesetzes mit dem erwähnten Systemwechsel Anfang Juli in die Vernehmlassung. Diese dauert noch bis im Oktober. (sda)

Anschluss

Pensionskasse der Gemeinde Kriens soll Eigenständigkeit aufgeben

Die Pensionskasse der Gemeinde Kriens soll sich einer grösseren öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtung anschliessen. Dies schlägt der Gemeinderat



**Manches können andere besser.
In der Risikoversicherung sind wir
die Spezialisten.**

www.mobi.ch/ve

Deckungsgrad

dem Einwohnerrat in einem Planungsbericht vor. Nach Ansicht des Gemeinderats ist die Pensionskasse zu klein, um in Zukunft die regulatorischen Anforderungen effizient zu bewältigen. Er befürchtet auch, dass die Kasse aus dem finanziellen Gleichgewicht geraten könnte wegen den tiefen Zinsen und der demografischen Entwicklung. Der Gemeinderat möchte, dass die Pensionskasse sich auf den 1. Januar 2014 einer grösseren Einrichtung anschliesst. Die seit einigen Jahren laufenden Sanierungsmassnahmen sollen bis dahin weitergeführt werden. Der Deckungsgrad konnte von rund 50 Prozent auf 95 Prozent angehoben werden. (sda)

Sanierung**Verbesserung bei der BPK und BLVK**

Die aktuelle Nettorendite auf dem Gesamtvermögen der Bernischen Pensionskasse (BPK) beträgt 6.5 Prozent. Der Deckungsgrad stieg auf 90.3 Prozent, während er Ende des letzten Jahrs noch 86.1 Prozent betragen hatte. Ein ähnlich positives Bild zeigt sich laut «Bund» bei der Bernischen Lehrerversicherungskasse (BLVK). Die BLVK hat laut Direktor Luzius Heil im ersten Halbjahr eine Rendite von 4.4 Prozent erreicht. Ende letzten Jahrs betrug der Deckungsgrad der BLVK 78.8 Prozent, nun dürfte er laut Heil bei knapp 83 Prozent liegen.

SBB und Bund im Clinch

Der Bund und die SBB haben offenbar unterschiedliche Auffassungen über die Verwendung von Mitteln des regionalen Personenverkehrs für die Sanierung der SBB-Pensionskasse. Um Rechtssicherheit zu schaffen, hat die SBB das Bundesverwaltungsgericht angerufen. Hintergrund ist ein Entscheid des Bundesamts für Verkehr (BAV), die Zahlungen für den regionalen Personenverkehr an die SBB für

Indexed management

Open architecture

Controlled risk

"It's time to fly to quality!"

LIPPER
FUND
AWARDS

SWITZERLAND 2011

Anthony Market Fund -
Government Bonds

Genève Zürich Lausanne Lyon Annecy Paris Dubaï Hong Kong

BCGE
Asset Management

www.bcge.ch +41 (0)58 211 21 00
Zürich office: Paolo Kyburz +41 (0)44 224 65 35

das Jahr 2012 um 4.5 Mio. Franken zu kürzen. Für die Sanierung der SBB-Pensionskasse hatte das Parlament letztes Jahr 1.2 Mrd. Franken bewilligt. Nachforderungen seitens der SBB wurden im Rahmen dieser Vereinbarung explizit ausgeschlossen. Nun wirft der Bund der SBB vor, diese Abmachung zu unterlaufen. Insgesamt machte die SBB in ihrem Budget für den regionalen Personenverkehr für 2012 Kosten von 13 Mio. Franken für die Ausfinanzierung der Pensionskasse geltend. Bei 4.5 Millionen davon handelt es um rein wirtschaftliche Sanierungsbeiträge, die gemäss BAV nicht zulässig sind. Nach der Kürzung durch das BAV würde die SBB nur 8.5 Mio. Franken erhalten. Die SBB beurteilt die Situation anders, wie SBB-Sprecher Daniel Bach sagte. Die SBB möchte, dass alle Bahnen gleich behandelt werden. Für die Pensionskassen der Privatbahnen sind wirtschaftliche Sanierungsbeiträge über das Budget des regionalen Personenverkehrs unter gewissen Umständen zulässig. (sda)

Performancevergleich

3.5 Prozent im ersten Halbjahr 2012

Die Performance der Pensionskassen hat sich in der ersten Jahreshälfte 2012 gut erholen können, wie der aktuelle [Performancevergleich](#) des Schweizerischen Pensionskassenverbands (ASIP) zeigt. Die Medianrendite des Gesamtportfolios beträgt für die letzten 12 Monate 3.6 Prozent und für die erste Jahreshälfte 2012 3.5 Prozent. Im Gegensatz zu 2011, wo die Obligationen die höchste Rendite erzielten, waren es im ersten Halbjahr 2012 die Aktien, die überperformt haben. Vor allem Aktien Nordamerika (9.7 Prozent), Aktien Ausland (5.8 Prozent) und Aktien Emerging Markets (5.6 Prozent) sind zu erwähnen. Die Obligationen finden sich im Mittelfeld des Performancespektrums wieder (Obligationen Euro und Obligationen FW 3.2 Prozent, Obligationen CHF 2.1 Prozent). Rohstoffe haben eine Performance von -4 Prozent erzielt. Ende erstes Halbjahr 2012 beträgt der Aktienanteil im Median 30 Prozent und der Obligationenanteil im Median 45 Prozent. Der Performancevergleich ist mit einem Gesamtvermögen von rund 180 Mrd. Franken, 59 teilnehmenden Pensionskassen und über 850 erfassten Portfolios der grösste unabhängige Performancevergleich in der Schweiz. Er wird auf halbjährlicher Basis durch das Beratungsunternehmen Towers Watson im Auftrag des ASIP erstellt.

Personalien

Veränderungen im Stiftungsrat der Previs

An der Delegiertenversammlung der [Previs](#) Personalvorsorgestiftung traten der Stiftungsratspräsident Martin Vogler sowie die Stiftungsrätin Ursula Wamister und der Stiftungsrat Markus Balmer aus dem Stiftungsrat zurück. Als neuer Präsident



Diversifiziert anlegen!

Helvetia Anlagestiftung – Immobilien Schweiz.

Nachhaltig stabile Renditen, geringe Volatilität.

Sichern Sie sich Anrechte an einer diversifizierten Immobilienanlage zum Net Asset Value! Damit ergänzen Sie Ihr Pensionskassenportfolio optimal.

Ganz einfach. Fragen Sie uns.
T 058 280 1000 (24 h)
www.helvetia-anlagestiftung.ch

helvetia

wurde der bisherige Vizepräsident Peter Flück gewählt. Neu in den Stiftungsrat gewählt wurden Alfred Amrein, Alfred Binggeli und Jürg Thöni.

Sozialversicherungen

Prämienverbilligung

Anpassungen im Kanton Thurgau

Beim Thurgauer Gesundheitsamt sind gemäss «Thurgauer Zeitung» Bestrebungen in Gange, die Bezugskriterien für die individuelle Prämienverbilligung anzupassen. Dies soll dazu führen, dass die Zahl der säumigen Prämienzahler nicht anwächst. Im Thurgau kamen im vergangenen Jahr rund 40 Prozent der Bevölkerung in den Genuss individueller Prämienverbilligungen. Gegen 126 Mio. Franken wurden an die 97 000 Bezugsberechtigten ausgeschüttet. «Bei den Kindern und Jugendlichen streben wir eine Halbierung der Bezugsberechtigten an», erklärt Susanna Schuppisser, Amtsleiterin des Gesundheitsamts. In den letzten fünf Jahren haben zwischen 79 und 83 Prozent der Unter-18-Jährigen Prämienverbilligungen erhalten. Auch bei den erwachsenen Empfängern der Prämienverbilligung soll der Kreis kleiner werden, wobei die Gesamtsumme nicht angetastet werden soll.

Familienzulagen

Schaffhausen vereinheitlicht Finanzierung

Der Schaffhauser Kantonsrat hat einstimmig die kantonale Regelung zu den Familien- und Sozialzulagen an das Bundesgesetz angepasst. Weil in Schaffhausen Arbeitnehmende und Selbständigerwerbende bereits gleichgestellt sind, musste nur die Finanzierungsart geändert werden. Die Zulagen für Selbständigerwerbende werden bislang einerseits durch deren Beiträge und andererseits durch einen Zuschuss aus dem kantonalen Sozialfonds finanziert. Das Bundesgesetz verlangt nun jedoch auch die gleiche Finanzierungsart wie bei den Arbeitnehmenden. Daher sollen die Beiträge aus dem Sozialfonds gestrichen werden. Der Fonds wird dadurch um rund 400 000 Franken entlastet. (sda)

Sozialhilfe

Mehr Kosten für Baselbieter Gemeinden

Wie 2010 haben auch 2011 2.3 Prozent der Baselbieter Bevölkerung mindestens einmal Sozialhilfe bezogen. Das sind insgesamt 6356 Personen, schreibt die «Basellandschaftliche Zeitung». Mit 54 Prozent sind etwas mehr als die Hälfte Schweizer Bürger, 11 Prozent sind Personen aus der EU und das restliche Drittel sind Menschen aus Drittstaaten. Letztes Jahr gab es 1000 abgeschlossene Sozialhilfefälle, die durchschnittlich während 17 Monaten unterstützt wurden. Alleinerziehende mit ihren Kindern sind mit durchschnittlich 24 Monaten am längsten



Sicher
und flexibel
vorsorgen.

► [Offerte anfordern](#)

Unternehmensanleihen**Konjunktur und Immobilien****Konjunktur****Immobilien**

auf Sozialhilfe angewiesen. Der Nettoaufwand der Gemeinden von 49 Mio. Franken hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 17.6 Prozent gesteigert.

Wirtschaft

Zürich lanciert neue Anlagegruppe US Corporate Bonds

Die Zürich Anlagestiftung hat im August erfolgreich die neue Anlagegruppe «Obligationen US Corporate» lanciert. Die Anlagegruppe investiert in erstklassige Anleihen von nordamerikanischen Unternehmen und ist vollständig in Schweizer Franken abgesichert.

Neue Metaanalysen

Fahrländer Partner Raumentwicklung hat die Metaanalyse [Konjunktur](#) August 2012 und Metaanalyse [Immobilien](#) 3. Quartal 2012 publiziert.

Aussenhandel stagniert

Im Juli 2012 nahmen die Exporte und die Importe zwar sichtbar zu, dies jedoch nur dank eines zusätzlichen Arbeitstags. Bereinigt aber stagnierten sie, teilt die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) mit. Die Handelsbilanz wies einen Überschuss von 2.9 Mrd. Franken auf, was den zweithöchsten je gemessenen monatlichen Überschuss darstellt.

CS-Anlagestiftung investiert in Schulhaus

Zum Schulbeginn konnte die Swiss International School in ein neues Schulhaus in Wallisellen einziehen, berichtet der «Zürcher Unterländer». Der Credit-Suisse-Anlagestiftung Real Estate Switzerland hat 44.2 Mio. Franken in den Neubau investiert.

Vorsorge Aktuell

© VPS Verlag Personalvorsorge und Sozialversicherung AG

Vorsorge Aktuell ist ein urheberrechtlich geschütztes Produkt und darf weder in elektronischer noch in anderer Form kopiert, weitergeleitet, bearbeitet oder sonst wie verwertet werden.

Abonnements

www.schweizerpersonalvorsorge.ch/zeitschrift/abonnements

Herausgeber

VPS Verlag Personalvorsorge und Sozialversicherung AG
Taubenhausstrasse 38, Postfach 4242
CH-6002 Luzern
Tel. +41 (0)41 317 07 07
Fax +41 (0)41 317 07 00
aboservice@vps.ch
www.schweizerpersonalvorsorge.ch

Redaktion

Kaspar Hohler, Leitung (ho@vps.ch)
Gregor Gubser, Judith Yenigün-Fischer

Produktion/DTP

Redaktion

Werbung


Miriam Sauser (ms@vps.ch)

Verkauf

Markus Jörin,
Leitung (mj@vps.ch)



Darauf können Sie bauen.
UBS Global Real Estate.

Wir werden nicht ruhen  **UBS**